

## INHALT

1. Deutliche Kritik der Spitzenverbände am Gesetzentwurf für Kommunale Bürgerbeteiligung
2. Faktencheck Bildung
3. Dynamik am Arbeitsmarkt lässt nach
4. Wirtschaftspolitische Sprechertagung in Brüssel
5. Familien dort abholen, wo sie sind!
6. Kulturpolitische Sprechertagung in Saarbrücken
7. Defizite bei der Umsetzung von Arbeitsschutz und betrieblichem Eingliederungsmanagement

**01.02.2013**

### **Deutliche Kritik der Spitzenverbände am Gesetzentwurf für Kommunale Bürgerbeteiligung CDU fordert ausführliche Diskussion**

Bei der Anhörung für den Gesetzentwurf von SPD, Grünen und SSW zur Kommunalen Bürgerbeteiligung äußerten die Kommunalen Spitzenverbände in dieser Woche deutliche Kritik. Sie bezweifelten, dass die vorgeschlagenen Neuerungen zu einer Stärkung des politischen Bürgerinteresses führen würden. Vielmehr bestehe die Befürchtung, dass sich immer weniger Menschen für kommunalpolitische Ehrenämter zur Verfügung stellen.

Die Zeit für den notwendigen verbandsinternen Dialog über den Gesetzentwurf der Regierungsfractionen habe darüber hinaus nicht ausgereicht.

„Die Kommunale Bürgerbeteiligung wird nur dann landesweit Erfolg haben können, wenn sie von der breiten Masse der Kommunalvertretungen in Stadt und Land mitgetragen wird. Gerade die Kommunen, die mit den Auswirkungen der Reformen werden umgehen müssen, sollten von der Regierungskoalition in dieser Frage ernst genommen werden“, erklärte dazu die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen.

Dieses Gesetz hätte so weitreichende Auswirkungen insbesondere auch auf die Arbeit der ehrenamtlichen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, dass der Gesetzgeber den Betroffenen die Zeit zum intensiven Meinungs austausch hätte einräumen müssen.

„Dieses Verständnis hätten wir uns auch von den Vertretern der Volksinitiative gewünscht“, betonte Nicolaisen.

Die CDU-Abgeordnete zeigte sich überrascht, dass Vertreter der Regierungsfractionen den

Verlauf der Anhörung in einer Pressemitteilung so darstellten, als habe es keine Kritik gegeben.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0310.pdf>

Link zur Stellungnahme Landkreistag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0600/umdruck-18-0668.pdf>

Link zur Stellungnahme Städteverband:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0600/umdruck-18-0647.pdf>

---

## **Faktencheck Bildung**

### **CDU-Fraktion gleicht Versprechen der Regierungsfractionen mit Beschlüssen und Berichten ab**

In unregelmäßigen Abständen werden wir Versprechen und Handeln der Landesregierung in diesem Newsletter einem Faktencheck unterziehen. Dabei werden kommunizierte Versprechen mit öffentlich einsehbaren Dokumenten abgeglichen. Zur besseren Nachvollziehbarkeit setzen wir am Ende des Artikels Links zu den genannten Dokumenten.

Wir beginnen unseren Faktencheck mit dem Schwerpunktthema der Regierung Albig: Bildung! Vergleichen Sie selbst!

SPD, Grüne und SSW hatten im Oktober letzten Jahres angekündigt, im kommenden Jahr 300 neue Lehrerstellen zu schaffen. 180 Stellen sollten an diejenigen Gemeinschaftsschulen gegeben werden, die Kinder unterschiedlicher Leistungsstände gemeinsam unterrichten. 120 Stellen waren für Grund- und Berufsschulen des Landes vorgesehen, damit dort Schüler mit Behinderungen in den allgemeinen Unterricht integriert werden können.

Die Landesregierung ist bis heute nicht in der Lage Auskunft darüber zu geben, wie viele Lehrerstellen tatsächlich in den Schulen eingesetzt wurden. Dies geht aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen (Drucksache 18/301) hervor. Darüber hinaus kann nach Verabschiedung des Haushalts 2013 von 300 zusätzlichen Lehrerstellen nicht mehr die Rede sein. Der Vorschlag des Finanzministeriums zum Stellenabbaupfad (Umdruck 18/620) sieht für das Jahr 2013 eine Kürzung von 213 Planstellen für Lehrer vor. Bereits im Jahr 2015 wird die Albig-Regierung 113 Planstellen mehr gestrichen haben, als es die Regierung Carstensen plante, dann sollen 365 Lehrer- und 100 Referendarstellen abgebaut werden. Bis zum Jahr 2020 ist eine Kürzung von insgesamt 3.241 Lehr- und 475 Referendarstellen vorgesehen.

Die Bildungsministerin hat darüber hinaus den Vertretungsfonds zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls für 2013 wieder abgesenkt. Dabei lag die Inanspruchnahme Ende November 2012 mit 14,4 Mio. Euro bereits 2,3 Millionen Euro über den im Haushalt eingestellten Mitteln. Ein Antrag der CDU-Fraktion, den Haushaltsansatz um drei auf 18,2 Millionen Euro aufzustocken, wurde von den regierungstragenden Fraktionen abgelehnt. Begründung: Da man zusätzliche Lehrerstellen bereitstelle, sei das nicht nötig.

Link zur Drucksache 18/301:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0301.pdf>

Link zum Umdruck 18/620:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0600/umdruck-18-0620.pdf>

---

## Dynamik am Arbeitsmarkt lässt nach

### Hamerich: Bäderregelkompromiss und Vergabegesetz werden Arbeitsplätze kosten!



Der Arbeitsmarktpolitiker Hartmut Hamerich, MdB

Die Dynamik am Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein lässt nach. Das gab die Arbeitsagentur in dieser Woche bekannt. Zwar wurde immer noch die niedrigste Arbeitslosenzahl für einen Januar seit 1993 gemeldet. Auch ist im Januar witterungsbedingt ein Anstieg der Arbeitslosenzahl normal. Jedoch ging die Zahl der von den Betrieben gemeldeten offenen Stellen um 18,9 Prozent zurück. Die Arbeitsagentur wertet dies als Zeichen, dass die Betriebe bei Neueinstellungen vorsichtiger werden. Dennoch äußerte sich die Chefin der Regionaldirektion Nord, Margit Haupt-Koopmann, zuversichtlich:

„Wenn alle Arbeitsmarktpartner in Schleswig-Holstein ihre Anstrengungen weiter intensivieren, dann werden wir gemeinsam den prognostizierten, leichten Anstieg der Arbeitslosenzahlen verhindern - davon bin ich überzeugt“, erklärte sie in einer Pressemitteilung.

Mit Bezug auf den in dieser Woche gefundenen Kompromiss zur Bäderregelung und die Pläne der Regierung für ein Tariftreue- und Vergabegesetz warnte die CDU-Fraktion in diesem Zusammenhang vor weiteren Arbeitsplatzverlusten.

„Der etwa 15-prozentige Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Tourismusregionen Ostholstein, Dithmarschen und Nordfriesland wird zu Recht als jahreszeitlich üblich bezeichnet. Künftig müssen allerdings ab Anfang Januar über den kompletten Februar bis Mitte März an den Wochenenden die Geschäfte in den Tourismusregionen geschlossen bleiben. Die im Winter entlassenen Arbeitskräfte werden dann später wieder eingestellt, oder – wenn überhaupt - durch Minijobber ersetzt“, machte Tourismusexperte Hartmut Hamerich deutlich.

Ohnehin zeige die Entwicklung der Zahl der gemeldeten offenen Stellen bereits, dass die mittelständischen Unternehmen im Land ihren Optimismus verlören.

„Unsere Unternehmer haben sich mittlerweile das von SPD, Grünen und SSW geplante Tariftreue- und Vergabegesetz durchgelesen. Das erklärt, weshalb die Zahl der offenen Stellen um ein Fünftel zurück gegangen ist“, so Hamerich.

Den aktuellen Bericht finden Sie hier:

<http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/amb/amb-SH/Januar-2013.pdf>

## Wirtschaftspolitische Sprechertagung in Brüssel CDU/CSU-Landtagsfraktionen begrüßen Initiative zur Strompreis-Stabilisierung



Gruppenbild der Teilnehmer

Die Wirtschaftspolitiker der CDU-Landtagsfraktionen hatten sich am 27. und 28. Januar in Brüssel mit dem Kommissar für Energie bei der Europäischen Union, Günther Oettinger, getroffen. Dieser informierte die Delegation über aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der Konzipierung und Durchführung der europäischen Energiepolitik der nächsten Jahre.

Dabei war man sich einig, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) einer Generalrevision zu unterziehen sei. Die Energiepreise wären zurzeit für die Unternehmen und Verbraucher nur schwer kalkulierbar und steigen zudem stark.

Es sei nicht weiter hinnehmbar, dass es im heutigen EEG fünf verborgene Preistreiber gebe:

- man produziere volatilen Strom aus erneuerbaren Energien , den man nicht verbrauche und deshalb ins Ausland verschenken müsse,
- man beziehe Atomstrom aus dem Ausland , wenn der Wind mal nicht wehe
- man vergüte Strom , der nicht verkauft und nicht verbraucht werde,
- man habe eine Netzlücke, die geschlossen werden müsse und
- trotzdem müsse man einen konventionellen Kraftwerkspark vorhalten , der aber nicht mehr wirtschaftlich betrieben und deshalb ebenfalls subventioniert werden müsse.

„Das EEG in seiner jetzigen Form ist ein Dinosaurier aus der Zeit der Markteinführung der Erneuerbaren Energien. Wir brauchen für die Zukunft eine neue innovativere Lösung, damit die Energiewende gelingt. Das EEG wie heute ist der Anfang der Deindustrialisierung im Lande. Deshalb unterstützen wir auch ausdrücklich die Initiative von Bundesumweltminister Peter Altmaier als ersten Aufschlag zur Strompreis-Stabilisierung,“ betonte CDU-Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen.

Weitere Themen der Tagung waren die EU-Strukturförderpolitik der nächsten Förderperiode, die automobilen Zukunft sowie die Auswirkungen der europäischen Politik auf das deutsche Handwerk.

Gerade in den südeuropäischen Ländern werde das deutsche System der dualen Berufsausbildung in Schule und Betrieb als vorbildlich angesehen. Eine Übertragung scheitere

aber vieler Orts, da für viele Berufe die Voraussetzungen andere seien, und auch der ehrenamtlich erbrachte Anteil des Handwerks oft komplett fehle.

Deshalb sei es für die schleswig-holsteinische CDU umso wichtiger, das hiesige Handwerk in Brüssel gegen Versuche aus anderen Ländern zu schützen. Eine Gleichbehandlung aller Länder würde die Standards der Ausbildung senken.

„Im deutschen Handwerk leisten 100.000 Handwerker ehrenamtlich und unentgeltlich als Prüfer und Ausbilder einen Beitrag zu unserem Ausbildungssystem, der in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals viel zu kurz kommt“, sagte Magnussen abschließend.

---

### **Familien dort abholen, wo sie sind!** **FAK Soziales besucht Familienstätte Kiel e.V.**



Auch ein Rundgang gehörte zum Programm

Familien dort abzuholen, wo sie sind, war der Leitgedanke zum Antrag der CDU-Landtagsfraktion „Modellprojekt Familien- und Nachbarschaftszentren einführen“, der in der vergangenen Woche im Landtag debattiert wurde. Um sich nicht nur theoretisch mit dem Thema Familienzentren zu beschäftigen, besuchte der Fraktionsarbeitskreis Soziales das Haus der Familie der Familienbildungsstätte Kiel e.V..

„Wie wir bereits vergangene Woche im Landtag gesagt haben, möchten wir Kinderbetreuungseinrichtungen zu Knotenpunkten eines breiten und generationenunterstützenden Netzwerkes ausweiten. Auch wenn es sich beim Haus der Familie nicht vorrangig um eine Kindertageseinrichtung handelt, hat die Familienbildungsstätte die Stellung eines solchen Knotenpunktes bereits erreicht“, erklärte Rathje-Hoffmann anlässlich eines Besuches des Fraktionsarbeitskreises Soziales in der Familienbildungsstätte Kiel e.V. am vergangenen Donnerstag (31. Januar 2013).

Familienzentren sind Kindertageseinrichtungen, die über das übliche Angebot an Bildung und Erziehung hinaus ein niedrigschwelliges Angebot zur Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und mit unterschiedlichen Bedürfnissen bereitstellen. Das Haus der Familie deckt dieses niedrigschwellige Angebot durch vielfältige Kurse und Beratungsangebote von Beginn der Schwangerschaft bis hin zur Pubertät umfassend ab.

„Die bessere und krisenfeste Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das Ziel der CDU.

Einrichtungen wie die Familienbildungsstätte Kiel e.V. helfen uns dabei, diesem Ziel einen großen Schritt näher zu kommen. Der Einsatz aller haupt- und vor allem der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kann nur unsere höchste Anerkennung finden, da er dazu beiträgt, dass sich Kinder und Eltern im Haus der Familie wohl fühlen und allen ein passendes und vielfältiges Angebot unterbreitet werden kann“ schloss Rathje-Hoffmann den Besuch ab.

---

## **Kulturpolitische Sprechertagung in Saarbrücken** **Wirtschaftliches Potential besser nutzen**



Die Kulturpolitiker Dietrich Wersich (Hamburg), Thomas Schmitt (Saarland) und Peter Sönnichsen (Schleswig-Holstein) v.l.n.r.

Bei ihrer jährlichen Tagung haben die kulturpolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen aller 16 Landesparlamente diesmal in Saarbrücken zwei Tage über die Zukunft der Kulturwirtschaft diskutiert. Für unsere Landtagsfraktion nahm der Plöner Abgeordnete und kulturpolitische Sprecher Peter Sönnichsen teil.

Die Unionspolitiker verabschiedeten eine "Saarbrückener Erklärung", um das Potenzial der Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern. Gemeinsam wollen sich die Kulturpolitiker dafür einsetzen, dass die Verantwortungsträger auf allen Ebenen- bis zur europäischen - das große wirtschaftliche Potenzial von Kultur- und Kreativwirtschaft im Hinblick auf Bruttowertschöpfung und Arbeitsplätze im gesamten wirtschaftlichen Gefüge anerkennen und fördern. Des Weiteren sollen Förderinstrumente entwickelt werden, die die Besonderheiten der Kultur- und Kreativwirtschaft berücksichtigen.

Kultur werde – wenn auch aus Gründen der Finanzsituation nachvollziehbar – immer zuerst als öffentlicher Kostenfaktor gesehen. „Mit einem Umsatz von 137 Milliarden Euro im Jahr 2010 darf der Blick gerne auch einmal auf die Bruttowertschöpfung gerichtet werden“, so Sönnichsen.

Die kulturpolitischen Sprecher sprachen sich dafür aus, die Rahmenbedingungen für eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Wirtschaftssektoren wie Tourismus und Bildungswirtschaft zu verbessern und das nationale und europäische Urheberrecht an die neue digitale Welt anzupassen. „Kulturpolitik hat immer auch Auswirkungen auf Freiberufler und Kulturbetriebe der Kreativwirtschaft. Kreativität ist für unsere wirtschaftliche Entwicklung eine wichtige Schlüsselkompetenz. Eine Wirtschaftspolitik, die auf die Stärkung des Innovationsstandortes abzielt, muss deshalb der Kultur- und Kreativwirtschaft mehr Bedeutung zu messen“, sagte Sönnichsen.

Die Abgeordneten besichtigten im Rahmen ihres Treffens unter anderem das KuBa - Kulturzentrum am EuroBahnhof - welches als kulturelles Herzstück des neu entstehenden „Quartier Eurobahnhof“ zu bezeichnen ist. Das erklärte Ziel ist vor allem die Förderung und Vermittlung junger Kunst und Kultur. Künstlerinnen und Künstler verschiedenster Disziplinen arbeiten im Atelierhaus und realisieren eigene und gemeinsame Projekte.

---

### **Defizite bei der Umsetzung von Arbeitsschutz und betrieblichem Eingliederungsmanagement Fraktionsarbeitskreis Innen und Recht im Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretungen**

Der Fraktionsarbeitskreis „Innen und Recht“ führte in dieser Woche ein ausführliches Gespräch mit dem Arbeitskreis der Hauptschwerbehindertenvertretungen.

In der konstruktiven Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass die Belange von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst hinreichende Berücksichtigung finden müssen. Gleichzeitig müsse es das Ziel sein, das Land als attraktiven Arbeitgeber für Menschen mit Behinderung zu erhalten.

Das Gespräch machte weiterhin deutlich, dass in der Landesverwaltung Umsetzungsdefizite im Hinblick auf Vorgaben zum Arbeitsschutz und zum betrieblichen Eingliederungsmanagement bestehen, die dringend angegangen werden müssen.

Der Fraktionsarbeitskreis will sich daher des Themas annehmen und einen regelmäßigen Dialog mit dem Arbeitskreis der Hauptschwerbehindertenvertretungen führen.



Der Arbeitskreis der Hauptschwerbehindertenvertretungen im Gespräch mit dem FAK Innen und Recht

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)